



CDU

Kommunalpolitische Leitlinien

CDU Schleswig-Holstein

Kommunalpolitische Leitlinien zur Kommunalwahl 2023

beschlossen auf dem Landesausschuss am 8. März 2023

Inhalt:

- I. Präambel**
- II. Die Rolle der Kommunen in Schleswig-Holstein - Heimat, Geborgenheit, Sicherheit**
- III. Sicher Wohnen und Leben**
- IV. Sichere Energieversorgung vor Ort**
- V. Sichere und verlässliche Verwaltung und Digitalisierung**
- VI. Sichere Mobilität und gute Verkehrswege**
- VII. Sichere Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung**
- VIII. Sichere Kinderbetreuung und Bildung**
- IX. Sichere Orte für die Kultur**
- X. Sichere Arbeitsplätze und starke Wirtschaft vor Ort**
- XI. Sicheres Miteinander in Stadt und Land**
- XII. Sicherer Klima- und Umweltschutz**
- XIII. Ernährungssicherung durch erfolgreiche Landwirtschaft, regional und klimaschonend**

I. Präambel

Am 14. Mai 2023 haben die Bürgerinnen und Bürger die Wahl: sie können mit ihrer Stimme Einfluss nehmen darauf, wie vor Ort in den 1.104 Gemeinden und Städten und den 11 Kreisen das Leben ganz konkret gestaltet werden soll. Die Kommunalpolitik ist für uns die größte Bürgerbewegung, in der die repräsentative Demokratie gelebt wird.

Die CDU ist in Schleswig-Holstein die mit Abstand stärkste kommunale Kraft. Wir sind die Kommunalpartei. Seit über 75 Jahren prägen wir erfolgreich die kommunalpolitische Landschaft in Schleswig-Holstein. Mehrere Tausend ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der CDU bringen ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihren Einsatz in ihrer Freizeit ein, um das Leben vor Ort jeden Tag ein Stück weit besser zu machen. Dabei wird die Kommunalpolitik vor Ort durch unsere kommunalfreundliche Politik auf Landesebene unterstützt. Landespolitik und Kommunalpolitik arbeitet bei uns Hand in Hand und auf Augenhöhe.

Wir bekennen uns klar zur kommunalen Familie. Wir stehen für eigenverantwortliche kommunale Selbstverwaltungen mit einer angemessenen Finanzausstattung. Und wir stehen für das Subsidiaritätsprinzip. Denn die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erledigen ihre Aufgaben mit großer Sorgfalt und Verantwortung und wissen am besten, wo vor Ort der Schuh drückt. Daher wollen wir auf Landesebene auch nur den Rahmen vorgeben, die Entscheidungen werden am besten vor Ort getroffen.

Unsere Leitlinien zur Kommunalwahl 2023 bilden den inhaltlichen Rahmen für die kommunale Arbeit vor Ort. Mit unseren Zielen und mit unseren 6.200 Kandidatinnen und Kandidaten werben wir um Zustimmung für unsere Politik. Jede Stimme für die CDU steht für starke, eigenständige und handlungsfähige Kreise, Städte und Gemeinden in unserem schönen Schleswig-Holstein.

II. Die Rolle der Kommunen in Schleswig-Holstein

Heimat, Geborgenheit, Sicherheit

Ob Land oder Stadt, wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in dem Ort, in dem sie in Schleswig-Holstein wohnen, arbeiten und leben, zu Hause fühlen und sich mit ihm identifizieren. Durch ein soziales und gesellschaftliches Umfeld, ein breites Angebot an Leistungen der Daseinsvorsorge und die Gewährleistung von Sicherheit schaffen die Gemeinden und Städte im Land Orte, in denen sich die Menschen wohlfühlen und gerne leben. Für uns als CDU ist Sicherheit zentral für eine lebenswerte Heimat.

Wir wollen die Selbstverwaltung mit dem ehrenamtlichen Engagement tausender Frauen und Männer stärken. Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Kommunen ihre wichtigen Aufgaben dauerhaft wahrnehmen können. Nur handlungsfähige Städte und Gemeinden werden die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Dafür wollen wir Verwaltungsabläufe vereinfachen und Kooperationen und freiwillige Zusammenschlüsse befördern, um auch kleinen Kommunen die Erfüllung ihrer Aufgaben dauerhaft zu ermöglichen. Wir stehen zu unserem Grundsatz, dass es keine Zwangsfusionen geben darf. Als wichtiger Teil der kommunalen Familie erfüllen die Kreise Aufgaben, die eine einzelne

Gemeinde nicht erledigen kann. Daher wollen wir die Kreise in ihrer wichtigen Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion weiter stärken.

Das Ziel der symmetrischen Finanzverteilung haben wir dabei fest im Blick.

Kommunale Selbstverwaltung funktioniert nur durch das kommunale Ehrenamt. Insbesondere in der heutigen Familien- und Arbeitswelt fällt es vielen zunehmend schwerer, ein kommunalpolitisches Mandat über 5 Jahre wahrzunehmen bzw. überhaupt für ein solches Mandat bereit zu stehen. Wir sind davon überzeugt, dass Kommunalpolitik allen Bürgerinnen und Bürgern während jeder Lebensphase einfacher ermöglicht werden muss. Dabei sollen digitale und hybride Sitzungen zur Normalität und die Sitzungsdauer überprüft werden. Auch sollte ein Mandat z.B. während der Elternzeit oder eines Auslandssemester ruhend gestellt und von einer weiteren Person vertreten werden können. Außerdem gilt es, die Schulungsangebote für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, aber auch für die Verwaltungen, noch stärker zu unterstützen. Zudem braucht ehrenamtliches Engagement eine angemessene Entschädigung.

Die Zersplitterung der kommunalen Vertretungen, insbesondere in den Kreisen und Städten, in viele kleine Fraktionen ist keine gute Entwicklung. Es wird dadurch immer schwerer, stabile Mehrheiten für eine kontinuierliche Kommunalpolitik vor Ort zu organisieren. Daher soll auf Landesebene der rechtliche Rahmen geschaffen werden, dass sich eine Fraktion erst ab 3 Personen bilden kann. Aus unserem demokratischen Verständnis heraus sollen sich Fraktionen auch nur auf Basis der zur Kommunalwahl stehenden Wahllisten bilden dürfen. Wahllisten mit niedrigsten Wahlergebnissen dürfen die kommunale Selbstverwaltung nicht hemmen. Wir wollen daher das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz weiter reformieren.

Wichtige Daseinsvorsorge und gute Nahversorgung

Die Kommunale Familie (Kreise, Städte, Gemeinden, Ämter, Zweckverbände und kommunale Unternehmen) gewährleistet maßgeblich die Daseinsvorsorge vor Ort, sei es Gesundheits- und Nahversorgung, Mobilität, Wohnen, Kinderbetreuung und Bildung, Freizeit oder Energie. Gerade in den aktuellen Krisenzeiten stehen die kommunalen Unternehmen für Versorgungssicherheit und Stabilität. Daher ist ihre Stärkung unser Anliegen.

Gleichermaßen ist die Nahversorgung in den Städten und Gemeinden essenziell für ein gutes Leben vor Ort. In der heutigen Zeit ist es nicht mehr selbstverständlich, dass immer und überall alle Produkte verfügbar sind. Zudem hat in der Pandemiezeit der Onlinehandel enorm zugelegt. Dies hat vielerorts, z.B. in den Innenstädten, zu Schwierigkeiten geführt. Die CDU steht für eine starke Nahversorgung vor Ort und wird die Ortskerne und Innenstädte weiter durch Städtebauförderung stärken.

Sicherheit vor Ort

Die Feuerwehren sind die tragende Säule für die Sicherheit in den Kommunen

Die vielen Freiwilligen Feuerwehren im Land leisten eine unvorstellbare, wertvolle und wichtige Arbeit. Mehr als 60.000 Frauen und Männer engagieren sich in ihrer Kommune in der Feuerwehr. Dabei ist die Arbeit weit mehr als Retten, Bergen und Löschen. In der Präventionsarbeit und auch in der Kinder- und Jugendarbeit spielen die Feuerwehren eine große Rolle. So haben sich bereits vielerorts Kinderfeuerwehren gegründet, bei denen spielerisch die Kinder an das Thema herangeführt werden. Die Ausbildung und Arbeit in den Jugendfeuerwehren sind essentiell, um die Feuerwehren fit für die Zukunft zu machen. Die Feuerwehren sind die älteste und größte Bürgerbewegung im Land und die Aufgaben werden immer vielfältiger. Daher sind die Kommunen bei ihrer wichtigen Pflichtaufgabe des Brandschutzes weiter zu stärken und zu unterstützen. So sollen mit Hilfe des Landes die Feuerwehrgerätekäuser weiter modernisiert werden.

Den Brand- und Katastrophenschutz insgesamt stärken

Das Brand- und Katastrophenschutzwesen ist eines der ursprünglichsten und wichtigsten staatlichen Aufgaben, die in unserem Land maßgeblich durch das ehrenamtliche Engagement von tausenden Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet werden. Neben den Feuerwehren gehören alle Organisationen im Katastrophenschutz und Rettungswesen dazu. Sie wollen wir zur Gewährleistung der Sicherheit vor Ort stärken. Dazu gehört die finanzielle und personelle Unterstützung, die Erstellung bzw. Überarbeitung der lokalen Katastrophenschutzpläne, aktuelle Konzepte für mobile Führungsunterstützung, Feuerwehrbereitschaften und weiteren Einsatzeinheiten. Landesweite Konzeptionen und Übungsszenarien für wesentliche Lagen, wie Stromausfall, Starkregen und Hochwasser, Tierseuchen oder Cyberattacken sollen gemeinsam erarbeitet werden. Dabei sollen regelmäßige kreisübergreifende Übungen zum Standard werden. Die konsequente Fortführung der technischen und materiellen Ausstattung gehört ebenfalls dazu. Eine ausreichende Versorgung mit Treibstoffen vor Ort muss gewährleistet werden, genauso wie die Sicherstellung der Kommunikationsmöglichkeiten im Krisenfall. Insbesondere die freiwilligen Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz und im Rettungswesen sind enorm wichtig. Es muss aber für den Brand- und Katastrophenfall die Selbsthilfefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger zunehmend gestärkt werden. Daher sind vor Ort die Angebote von Schulungen für alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Werbung, Qualifikation und vor allem der Schutz der Einsatzkräfte eine zentrale Gemeinschaftsaufgabe von Land und Kommunen.

Schutz für Menschen, die selbst jeden Tag für unser Land unterwegs sind

Rettungskräfte, ehrenamtliche und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen sehen sich zunehmend Hass, Hetze und Aggressionen ausgesetzt, was wir auf das Schärfste verurteilen. Wir wollen den Rettungskräften und der Kommunalpolitik den Rücken stärken, die Verantwortlichen besser schützen und Straftaten konsequent verfolgen. Bei der Landespolizei wollen wir eine Anlaufstelle für die Betroffenen

einrichten. Zudem wollen wir weiter gemeinsam mit den Kommunen, also mit dem Ehrenamt und mit dem Hauptamt, Lösungen entwickeln und Präventionsmaßnahmen einführen. Dabei steht der Schutz der Rettungskräfte und der Feuerwehrfrauen- und Männer besonders im Fokus. Diese erleben leider im hohen Maße Anfeindungen, Angriffe und Aggressionen. Auch als Reaktion hierauf haben wir als Union die Sicherheitsbehörden umfassend personell gestärkt und das Strafmaß für Angriffe auf Rettungskräfte erhöht. Wir wollen für die Ehren- und Hauptamtlichen einen wirksamen Schutzschirm spannen.

III. Sicher Wohnen und Leben

Wohnen und Leben in Stadt & Land

Wir wollen, dass jede und jeder gut und bezahlbar wohnen und sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen kann. Um das zu erreichen, müssen wir bauen, bauen, bauen. Wir werden deshalb die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Bauleitplanungen zu beschleunigen. Beim Bauen verlieren wir das Ziel der Nachhaltigkeit und Klimaneutralität aber nicht aus den Augen.

Außerdem werden wir den sozialen Wohnungsbau und die Wärmewende in den Kommunen mit voller Kraft vorantreiben. Hierfür werden wir zum einen weitere Mittel für den bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Zum anderen werden wir die soziale Wohnraumförderung verstetigen – sowohl für Neubauprojekte als auch für die Verlängerungen oder den Erwerb von Belegbindungen für Bestandsgebäude.

Mit dem „Baulandfonds“ mit einem Kreditvolumen von 100 Millionen Euro werden wir Kommunen unterstützen, Grundstücke, Baulanderschließungen und Immobilien für die Zwecke des sozialen Wohnungsbaus und des genossenschaftlichen Wohnungsbaus erwerben zu können. Durch Nachverdichtung und ein Baulückenkataster sollen Potenziale von nicht genutzten Flächen und Baulücken ausgewiesen werden. Wichtig ist uns, dass Photovoltaik, Solarthermie und Wärmetechnologie beim Wohnungsbau mit vorangetrieben werden, um auch bei der Wärmeversorgung unserem Ziel der Klimaneutralität näherzukommen.

Neue Wohnformen etablieren

Lebensgewohnheiten sind im ständigen Wandel. Das hat auch großen Einfluss auf das Wohnen und Leben in den Kommunen. So wird im ländlichen Raum verstärkt nach kleinerem Wohnraum gesucht. Aber auch Wohnen in Gruppen oder mit mehreren Generationen sind wieder im Kommen. Aufgrund des demographischen Wandels muss verstärkt auf altersgerechtes und barrierefreies Wohnen mit Anschluss an den ÖPNV und der Nah- und Gesundheitsversorgung geachtet werden. Die Experimentierklausel im Landesplanungsrecht ermöglicht es unseren Kommunen, innovative und nachhaltige Projekte der Siedlungsentwicklung besonders mit dem Zweck der Digitalisierung, Daseinsvorsorge, Mobilität, zum Klimaschutz oder der Energiewende zu betreiben. Gefragt sind auch städtebauliche Qualitäten, die attraktiven und dabei maßvoll verdichteten Wohnungsbau im Eigentum wie zur Miete schaffen und gleichzeitig funktionsensible

Außenräume bieten. Um die Kommunen und Investoren bei der Planung und Gestaltung dieser Räume zu fördern, werden wir unser Programm „Neue Perspektive Wohnen“ fortsetzen und mehr Mittel zur Verfügung stellen. Denn wir stehen für bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum unabhängig von der Wohnform.

IV. Sichere Energieversorgung vor Ort

Schleswig-Holstein ist das Energiewendeland Nummer eins. Wir stehen für Klimaschutz, der Arbeitsplätze schafft und zum Ziel, das erste klimaneutrale Industrieland zu werden.

Die Kommunen mit ihren kommunalen Unternehmen sichern die Energieversorgung vor Ort. Gerade sie wurden durch die Herausforderungen der Energiepreissteigerungen der vergangenen Monate stark gefordert. Auch deswegen haben wir die Stadt- und Gemeindewerke mit einem umfangreichen Darlehensprogramm gestützt. Wir stehen auch weiterhin dazu, dass Energie in unserem Land verfügbar, sicher und bezahlbar sein muss. Gleichmaßen müssen wir uns bei der Energieversorgung vor Ort auf den Weg machen und die Dekarbonisierung vorantreiben. Nur so werden wir unser Ziel, bis 2040 erstes klimaneutrales Industrieland zu werden, erreichen. Und nur so verringern wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Das schaffen wir aber nur gemeinsam – mit den Bürgerinnen und Bürgern und der kommunalen Familie.

Kommunale Unternehmen in den Blick nehmen – Rolle der Stadt- und Gemeindewerke

Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen ein wesentliches und wichtiges Fundament für unsere Daseinsvorsorge, insbesondere in der Energieversorgung in Schleswig-Holstein. Stadt- und Gemeindewerke haben eine lange Tradition und bringen jahrzehntelanges unternehmerisches Wissen ein – auch bei der Umsetzung der Energiewende. Sie stehen für eine sichere Versorgung von Energie, Wärmenetze, Wasser, Glasfaser, betreiben Schwimmbäder, beseitigen Abwasser und Abfälle sowie den Betrieb von Recyclinghöfen und vielem mehr. Zudem schaffen sie Arbeitsplätze, bringen den Kommunen zusätzliche Einnahmen und dadurch einen Mehrwert für ihre Region. Wir haben die kommunalen Unternehmen im Blick.

Stärkung der dezentralen Energieversorgung

Die kommunalen Unternehmen sind ein wichtiger Akteur bei der Stärkung der dezentralen Energieversorgung. So sind sie maßgeblich zusammen mit ihrer jeweiligen Kommune an der Energiewende vor Ort beteiligt. Sei es durch den Betrieb der Netzinfrastruktur und der Belieferung von Strom, Erdgas und Wasser, den Betrieb von Energieerzeugungsanlagen wie Solaranlagen oder Biogasanlagen, den Betrieb von Nah- und Fernwärmenetzen und vielem mehr. Dabei unterstützt das Land die Kommunen bei Maßnahmen, die der Wärmeversorgung mit Erneuerbaren Energien dienen, bei Energieeffizienzprojekten und der kommunalen Wärmewende. Gerade die kommunale Wärme- und Kälteplanung gibt einen Überblick über das Vorhandensein und den Verbrauch von Wärme und Kälte. Diese

wollen wir zukünftig nutzen. So schaffen wir gemeinsam die Energiewende in unserem Land.

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen

Wir wollen die Beteiligungen von Bürgerinnen und Bürgern bei der dezentralen Energieversorgung unterstützen. Das schafft zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten und stärkt die Identifikation und Akzeptanz von neuen Projekten. So sehen wir unter anderem das Modell der Energiegenossenschaften als gute Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Kommunen und weitere Akteure gemeinsam Energiewendeprojekte vor Ort umzusetzen. Dazu gehört auch die Einrichtung von Bürgerstromtarifen.

Insbesondere in Zeiten der stark gestiegenen Energiekosten wollen wir erreichen, dass vor Ort produzierte Energie auch mit einem eigenen Bürgerstromtarif vor Ort angeboten werden kann. Das steigert die Akzeptanz des notwendigen Ausbaus der Erneuerbaren Energien.

Flächenphotovoltaik kommunal vernünftig regeln und ermöglichen

Für die weitere Schaffung von Flächenphotovoltaikanlagen werden die Kommunen in ihrer Bauleitplanung mit dem Beratungserlass „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“ unterstützt.

So sollte der Bau von Flächenphotovoltaikanlagen nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen und nur auf Böden mit geringeren Bodenpunkten entstehen oder auf Flächen, die nicht anders nutzbar sind. Wo nutzbar, kann die Anwendung von Agri-PV, also der Nutzung von PV- Anlagen und der darunterliegenden landwirtschaftlichen Flächen Möglichkeiten bieten.

Die Kreislaufwirtschaft in die Energiegewinnung einbeziehen

Wir werden die Kreislaufwirtschaft in der Abfallverwertung stärker in die Energieerzeugung einbinden. Bereits heute wird eine große Menge an Abfällen der energetischen Verwertung zugeführt. Dadurch tragen Abfälle inzwischen einen nicht zu vernachlässigbaren Anteil an der Strom-, Wärme- und Prozessenergieversorgung. Doch hier wollen wir noch mehr erreichen. Die Kommunen als Träger der Abfallwirtschaft tragen dabei eine bedeutende Verantwortung. Damit die Kommunen und kommunalen Unternehmen die hohen Kosten für neue Technologien in diesem Bereich stemmen können, ist eine stärkere Förderung von EU, Bund und Land gefragt. So kann die Kreislaufwirtschaft einen großen Teil dazu beitragen, Schleswig-Holstein zu einem klimaneutralen Industrieland weiter zu entwickeln.

Abfallwirtschaft weiterentwickeln

Die Verantwortung der Kommunen für die Abfallwirtschaft als öffentlich-rechtlicher Träger der Entsorgung darf aus wirtschaftlichen und auch aus ökologischen Gründen nicht

gefährdet werden. Die CDU steht dafür, dass die kommunale Abfallwirtschaft sich zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft entwickeln soll. Zur sicheren, günstigen und nachhaltigen Restabfallverwertung mit regionaler Autarkie wollen wir zukünftig noch stärker mit modernster Technik mit einem hohen energetischen Wirkungsgrad und kurze Transportwege erreichen. Denn dieser Weg ist hilfreich für Klimaschutz, Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit sowie die Nutzung von Synergieeffekten.

V. Sichere und verlässliche Verwaltung und Digitalisierung

Der digitale Wandel unserer Gesellschaft betrifft längst alle Lebensbereiche. Die Digitalisierung bietet unendlich große Chancen für unser Leben und Zusammenleben, für unser Arbeiten und Zusammenarbeiten. Sie stellt uns auch vor Herausforderungen. Die Chancen zu nutzen und die Herausforderungen proaktiv zu gestalten, ist unsere gemeinsame Aufgabe und Mission. Unser Ziel ist eine voll durchdigitalisierte kommunale Verwaltung. Wir wollen alle kommunalen Verwaltungsdienstleistungen und Fachverfahren für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger digital anbieten. Dafür bedarf es den durchgängigen Einsatz von IT-getriebenen Lösungen. Die Digitalisierung bietet so die Chance, wirksam Bürokratie, doppelte Strukturen und weitere Hemmnisse abzubauen. Mit einfachem und schnellem Service wollen wir eine hohe Bürgerzufriedenheit erreichen. Eine Verwaltung die 24/7 erreichbar ist, ist dabei unser Ziel. Dabei werden wir auch diejenigen im Blick behalten, die keinen Zugang zu digitalen Medien haben und hier Hilfestellungen geben. Gleichzeitig bleibt die Rathaus Tür aber auch für den persönlichen Kontakt weiterhin offen.

Bei der Digitalisierung der Verwaltung wird auch die Nutzung von Künstliche Intelligenz (KI) ein großer Gewinn sein. KI wird Potenziale heben, um noch effizienter sowie bürger- und unternehmensfreundlicher zu werden. Chatbots sowie Sprach- und Bilderkennung werden für verbesserte Prozessabläufe zum Standard werden.

Wir werden den Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung forcieren. Die Verwaltung muss lernen, digital zu denken. Eine digitalisierte und für Veränderungen aufgeschlossene Verwaltung ist in Zeiten des Arbeitskräftemangels eine attraktive Arbeitgeberin.

Wir kümmern uns aber auch um IT-Sicherheit und digitale Souveränität. Die Verwundbarkeit unseres Gemeinwesens zeigt sich aktuell nicht nur an der Abhängigkeit von Energieimporten, sondern wird auch deutlich in Angriffen auf unsere digitale Infrastruktur. Genauso wie es die Aufgabe des Staates ist, im Bereich der Energieversorgung unabhängiger von Importen zu werden, ist es unser Ziel, auch digitale Souveränität zu erreichen und unsere Infrastrukturen zu schützen. Unser Ziel ist es, dass Land und Kommunen einen digitalen Schutzschirm spannen, um die Gefahren aus dem Netz abzuwehren. Dabei muss eine gemeinsame Task Force von Land und Kommunen entstehen mit dem Ziel, in allen Verwaltungen im Land einen gleich hohen Sicherheitsstandard zu implementieren.

Digitale Infrastruktur und 5G flächendeckend

Grundvoraussetzung für das digitale Leben ist eine flächendeckende Versorgung von Glasfaser und Mobilfunk, um zukünftig „bis zur letzten Milchkanne“ einen 5G-Standard zu erreichen. Schleswig-Holstein ist seit langem bundesweit Spitzreiter im Glasfaserausbau. Das haben wir vor allem den Kommunen zu verdanken, die den Ausbau die letzten Jahre selbstständig und konsequent vorangetrieben haben. Unser Ziel ist es nun, die letzten weißen und auch grauen Flecken zu beseitigen. Denn eine flächendeckende Versorgung ist für den Lebens- und Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein unerlässlich. Daher steht der Ausbau auch weiterhin im Zentrum der regionalen Daseinsvorsorge.

VI. Sichere Mobilität und gute Verkehrswege

Mobilität ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe, schafft Wohlstand und ist Ausdruck von Freiheit. Schleswig-Holstein bringt als Flächenland besondere Anforderungen an die Infrastruktur mit sich. Wir wollen pragmatische Lösungen entwickeln, um die Mobilität aller, unabhängig von ihrem Wohnort, zu ermöglichen. Dafür braucht es unterschiedliche Lösungsansätze. Für uns sind alle Verkehrsträger gleichberechtigt. Wir wollen eine Mobilität des Miteinanders – egal ob Rad, Auto, Bus, Bahn, Boot oder andere Mobilitätsmöglichkeiten. Wir setzen uns vor Ort für lokale Verkehrskonzepte ein, welche überregional verbunden sind.

Dafür bedarf es weiterhin den konsequenten Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Straßen und Radwege im Land.

ÖPNV – unser Mobilitätsgarant

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Mobilitätsgrundversorgung auf Straße, Schiene und Wasser. Unser Ziel ist es, dass dieser klimaneutral, verlässlich, barrierefrei und bezahlbar ist.

Wir wollen den ÖPNV weiter attraktiver gestalten. Das Deutschland-Ticket stellt durch die Pauschalierung der Preise im deutschlandweiten Nahverkehr die Finanzierung des ÖPNV vor eine komplett neue Situation. Es gilt nun, Ticketangebote, insbesondere für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende zu schaffen und damit zu kombinieren. Denn gerade junge Leute, wie Auszubildende sind auf Bus und Bahn angewiesen, um zur Ausbildungsstätte, zur Berufsschule oder den Dienort zu gelangen. Um Schülerinnen und Schüler von allgemeinbildenden Schulen und deren Eltern zu entlasten, ist das Ziel, vor Ort Bildungstickets einzusetzen. Neben dem Fahrpreis ist für die Attraktivität des ÖPNVs auch die jeweilige Erreichbarkeit und Taktung wichtig. Wir streben mit den Kommunen einen gemeinsamen Pakt für die Mobilitätswende an. Teil dieses Pakts wird eine Mobilitätsgarantie, die eine verlässliche, regelmäßige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) von früh bis spät an jedem Ort Schleswig-Holsteins sicherstellt. Unser Ziel ist es, dass mittelfristig alle Orte in Schleswig-Holstein mehrfach ganztägig, also von 6.00 Uhr bis 24.00 Uhr mit dem öffentlichen Nahverkehr durch innovative und neue Beförderungsmodelle erreichbar sein werden. Dazu sollen verstärkt in

den Kommunen digitalen Sammeltaxis bzw. On-Demand-Systeme sowie Schnellbusse eingeführt werden. Wichtig ist uns grundsätzlich die Flexibilisierung von Verkehrsmitteln, um so eine bessere Erreichbarkeit vor allem im ländlichen Raum zu erreichen.

Ausbau der Radwegeinfrastruktur und Schnellradwege

Durch E-Bikes und Pedelecs wird das Radfahren immer attraktiver und etabliert sich nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Räumen als Ergänzung oder sogar als Alternative zum Auto. Dafür bedarf es auch eine gut ausgebaute Radinfrastruktur. Daher wollen wir erreichen, dass die bestehenden Radwege saniert und neue Radwege gebaut werden, um bestehende Lücken zu schließen. Damit können dann auch im Alltag längere Strecken gut gefahren werden.

Immer wichtiger werden auch Radschnellwege. Diese ermöglichen auch weitere Distanzen mit dem Rad in einem sicheren System zurückzulegen. Der Ausbau der Radschnellwege von Hamburg in Richtung Elmshorn, Bad Bramstedt, Ahrensburg und Geesthacht stellen hierbei in der Metropolregion eine Priorität dar.

Erhalt der Feldwege für Landwirtschaft und Erholung

Die vielen Feldwege in Schleswig-Holstein haben für uns einen hohen Stellenwert. Denn für die Landwirtschaft und den Erhalt der Kulturlandschaft und damit auch für den Tourismus, den Radverkehr und die Erholung verbinden sie mehrere wichtige Eigenschaften im ländlichen Raum. Es gilt, vor Ort Konzepte zu entwickeln, die landwirtschaftlichen Wege zu erhalten, auszubauen und die Nutzung unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure möglich zu machen, sodass Landwirtschaft, Tourismus und Erholung diese im Einklang nutzen können. Dabei muss das Land gemeinsam mit den Kommunen und in Verbindung mit EU-Mitteln eine stärkere Förderung auf den Weg bringen.

VII. Sichere Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung

Wir wollen für eine bedarfsgerechte, medizinisch und pflegerisch qualitativ hochwertige, ambulante sowie stationäre Versorgung im ganzen Land sorgen. Gerade die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie wichtig dafür ein gut aufgestelltes und resilientes Gesundheits- und Pflegesystem ist. Um dieses umzusetzen, müssen wir für gute Rahmenbedingungen für die Einrichtungen und Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich sorgen.

Kommunale medizinische Versorgungszentren MVZ

Medizinische Versorgungszentren (MVZ), auch in kommunaler Trägerschaft, können eine Lösung sein, um die medizinische Versorgung vor Ort zu erhalten. Insbesondere dort, wo es keine Praxisnachfolge gibt. Für viele jungen Ärztinnen und Ärzte ist eine Einzelpraxis

nicht mehr attraktiv. Zudem bietet ein MVZ gerade in einer ländlichen Region die Möglichkeit, mehrere Fachbereiche unter einem Dach anzubieten. Daher sollen Medizinische Versorgungszentren und auch die Koordination der hausärztlichen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, forciert werden. Der Einsatz von Telemedizin soll die Regel werden, damit ein Besuch der Praxis nur dann erfolgen muss, wenn er wirklich nötig ist. Unser Ziel ist es, überlaufende Praxen und Notaufnahmen zu verhindern. Das schützt das Personal und die Patientinnen und Patienten gleichermaßen. Außerdem wollen wir mit Hilfe von Telemedizin die medizinische Versorgung auf den Inseln und Halligen erleichtern und sicherstellen.

Krankenhäuser für die Zukunft sicher aufstellen

Die Krankenhauslandschaft ist bundesweit im Wandel. Für die Krankenhausplanung haben Versorgungsqualität und Bedarfsorientierung höchste Priorität. Neben dem Land übernehmen die Kommunen die Hälfte der Krankenhausinvestitionen. Das stellt eine große Herausforderung für die Kommunen dar. Für eine flächendeckende Krankenhausversorgung, die wirtschaftlich agieren kann, ist es wichtig, dass sich Fachdisziplinen regional konzentrieren und dass die Grund- und Regelversorgung im ganzen Land wohnortnah erreichbar ist. In den nächsten Jahren wird dieses eines der großen Themen der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sein. Hierfür müssen sie gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wir stehen dafür, die Krankenhäuser zu stärken und für die Zukunft sicher aufzustellen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Für uns ist die beste Sozialpolitik die Hilfe zur Selbsthilfe. Dieses Selbstverständnis soll sich durch alle Bereiche ziehen. Sei es, die Unterstützung von Jugendlichen, einen Schulabschluss zu bekommen und eine Ausbildung zu durchlaufen; sei es, ein eigenständiges Leben führen zu können oder sei es, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Deswegen sollen Themen, wie Eingliederung, Inklusion, Hilfeplanung bürgernah und schnell umgesetzt werden. Niedrigschwellige Zugänge zu Angeboten für alle Familien wollen wir flächendeckend gewährleisten. In Verbindung mit den frühen Hilfen können Familienhebammen, Familienhelferinnen und -helfer und die Familienbildungsstätten präventiv und frühzeitig junge Familien unterstützen und stärken. Mit einem Netzwerk von Familienzentren wollen wir die Erziehungskompetenz erhöhen, die Chancengleichheit fördern und die Folgen aus Kinderarmut verringern. Dabei werden wir in den Kreisen und kreisfreien Städten entsprechende Aktionspläne erarbeiten und aktualisieren.

Gemeindeschwestern wieder etablieren

Kommunen sollten weiterhin die Einführung von sog. „Gemeindeschwestern“ vorantreiben. Vielerorts gibt es sie schon und man macht dort gute Erfahrungen. Denn sie helfen und beraten und ermöglichen so ein selbstbestimmtes Leben möglichst lange im eigenen Zuhause. Auch häusliche und ambulante Pflege in kommunaler Trägerschaft

könnte vor Ort helfen, Menschen möglichst lange in der häuslichen Umgebung wohnen lassen zu können.

Hebammen stärker unterstützen

Für ein familienfreundliches Schleswig-Holstein gehört die Vor- und Nachsorge und die Begleitung werdender Eltern. Die Arbeit der Hebammen wollen wir attraktiver machen. Wir unterstützen hebammengeleitete Kreißsäle und setzen uns für eine Erhöhung der Studienplätze in der Hebammenwissenschaft ein.

VIII. Sichere Kinderbetreuung und Bildung

Kinder sind unsere Zukunft. Dabei tragen Eltern an erster Stelle für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder Verantwortung und sollen dies gemeinsam mit Kita, Kindertagespflege, Familienzentren und Schule bestmöglich umsetzen können. Zudem wollen wir den Kindern ausreichend Zeit für das Lernen in einer modernen Schule geben. Denn Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir wollen bestmögliche Rahmenbedingungen vor Ort schaffen.

Ausbau der Kinderbetreuungsplätze

Wir setzen auf den weiteren Ausbau der Betreuungsplätze. Hierzu werden die Kommunen mit Hilfe des Landes weiter in den Ausbau investieren. Denn ausreichend Plätze sorgt für eine Betreuungssicherheit, die für die Eltern und ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sehr wichtig ist. Gute Kinderbetreuung ist für uns gute Familienpolitik. Wir benötigen eine Mischung aus kommunalen Kitas, Kitas von freien Trägern, betrieblichen Kitas und Tagespflegepersonen. Um eine flächendeckende, sichere Kinderbetreuung gewährleisten zu können, bedarf es genügend Personal. Denn nur durch Menschen, die in diesen Einrichtungen arbeiten, kann eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung auf hohem Niveau erreicht werden. Die Kommunen sind beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote sowohl bei den erforderlichen Investitionskosten als auch bei den Betriebs- und Personalkosten ausreichend finanziell zu unterstützen.

Attraktivitätssteigerung des Berufs

Um zusätzliche Fachkräfte zu bekommen, muss der Beruf mit seinen Rahmenbedingungen, insbesondere die Belastung und die Bezahlung, attraktiver werden. Wir werden die praxisintegrierte Ausbildung mit einer Ausbildungsvergütung landesweit erheblich ausbauen. Die duale Ausbildung zur Erzieherin und Erzieher ist unser Ziel. Wobei es auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern einfacher ermöglicht werden soll, diesen Beruf zu ergreifen. Auch die sogenannten „Helfenden Hände“ sollen fest im System verankert werden, damit das Fachpersonal entlastet wird und sich auf die Entwicklung der Kinder konzentrieren können.

Schule

Die Kommunen in ihrer Funktion als Schulträger tragen entscheidend dazu bei, dass wir vor Ort eine verlässliche und qualitativ hochwertige Bildungslandschaft haben. Denn sie schaffen die Rahmenbedingungen in Form von Gebäuden, Ausstattung, Schülerbeförderung, Betreuungsangeboten und Personal. Zur Sicherung der Bildungsqualität gehört auch der Erhalt kleiner Grundschulstandorte - insbesondere in den ländlichen Regionen. Hierbei muss die Schulentwicklungsplanung der Kreise berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Mindestschülerzahl für Grundschulen bzw. deren Außenstellen zu flexibilisieren. Wir stehen weiterhin zu dem Grundsatz: „Kurze Beine, kurze Wege“.

Wichtig ist uns die enge Verzahnung unterschiedlicher Bildungseinrichtungen. Insbesondere muss der Übergang von der Kita in die Grundschule eng begleitet werden, um so jedem Kind einen guten Schulstart zu ermöglichen. Schule soll auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen. Daher stehen wir klar zu den Förderschulen bzw. Förderzentren, um Schülerinnen und Schülern mit Lernschwächen die bestmögliche Unterstützung zu geben. Dafür müssen die Schulen weiter personell gestärkt werden.

Alle Schulen im Land müssen vollständig digital aufgestellt sein. Es wurden fast alle Mittel aus dem Digitalpakt Schule beim Land abgerufen. In den kommenden Jahren geht es um die weiteren Umsetzungen. Wir setzen uns für moderne Lernorte ein, wobei Schule vor Ort mit eigenen Projekten gestaltet werden soll.

Ausbau Ganztagsbetreuung

Der vom Bund beschlossene Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz stellt die Kommunen vor großen Herausforderungen. Dabei sehen die Kommunen die Notwendigkeit ein, Ganztagsangebot neben der Kita auch für die Grundschule zu schaffen. Hierbei müssen die Kommunen bei der Schaffung von Plätzen nachdrücklich von Bund und Land auch ausreichend finanziell unterstützt werden. Das Ziel vor Ort ist es, dass der Rechtsanspruch im ganzen Land erfüllt werden kann. Dabei müssen auch interkommunale Lösungen genauso möglich sein, wie eine Betreuung mit Kräften, die den Quereinstieg gewählt haben.

Berufliche Schulen

Die Beruflichen Schulen sind für uns wichtige Institutionen, um allen Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung mit qualifizierendem Abschluss zu bieten und für die Region vor Ort gute Arbeitskräfte auszubilden. Sowohl in der Ausbildung und beim Übergang der Jugendlichen von der Schule in den Beruf als auch bei der Fort- und Weiterbildung von Fachkräften sind berufsbildende Schulen (BBS) und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) von zentraler Bedeutung. Wir bekennen uns zur dualen

Ausbildung. Denn die Ausbildungsberufe sind für den Mittelstand, dem Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, sehr wichtig.

IX. Sichere Orte für die Kultur

Kultur ist für uns weit mehr als eine freiwillige Aufgabe. Kultur bringt Menschen zusammen, fördert die Integration und stärkt in einer Kommune den Zusammenhalt. Jeder Kreis, jede Stadt, jede Gemeinde, jeder Ortsteil hat seine eigene individuelle Geschichte und damit auch seine eigene Kultur. Schleswig-Holstein hat ein wertvolles kulturelles Erbe. Dies gilt es zu schützen und zu erhalten. Die Kultur im Land wird auch geprägt durch die hier lebenden Minderheiten, insbesondere die friesischen und dänischen Minderheiten, die Niederdeutsch sprechenden Personen, aber auch die Minderheit der deutschen Sinti und Roma. Durch Kultur wird die Identifikation mit der eigenen Heimat gestärkt. Kultur soll zum Mitmachen einladen. Dafür schaffen die Kommunen vor Ort beste Rahmenbedingungen. Es geht um die Gestaltung und Schaffung von Räumlichkeiten, die Unterstützung und die Vernetzung von Volkshochschulen, Museen, Kulturforen, Kinos, Amateurtheater, Bibliotheken, Lesekreise, Jugendfreizeiten und vieles mehr. Aber es geht auch darum, jeder und jeden, unabhängig von seiner Herkunft, einen Zugang zur Kultur vor Ort zu ermöglichen. Die Kulturförderung ist daher eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Kommunen. Kultur ist für uns ein Standortfaktor. Daher muss die Kultur vor Ort auf eine langfristig sichere Basis gestellt werden. Dazu sollen kreisweite Kulturentwicklungspläne entwickelt bzw. angepasst werden. Zudem soll auch die Etablierung von Kulturpreisen, Wettbewerben und Events die Kulturszenen vor Ort unterstützen. Dabei sollen die Verwaltungen bei der Genehmigung von Veranstaltungen eine beratende Rolle einnehmen, um z.B. Konzerte einfacher zu ermöglichen.

Förderung von Friesisch, Dänisch und Niederdeutsch

Schleswig-Holstein ist ein Land der kulturellen Vielfalt. Dazu gehören die unterschiedlichen Sprachen und Bräuche. Wir unterstützen die dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma, die friesische Volksgruppe und die Gruppe der Niederdeutsch Sprechenden. Denn diese prägen maßgeblich unser Land. Daher setzen wir auf einen intensiven Dialog und eine langfristige, verlässliche Förderung.

Kommunale Partnerschaften stärken

Wir möchten die kommunalen Partnerschaften vor Ort stärken und ausbauen. Die Partnerschaften zu anderen Kommunen, sei es in anderen Bundesländern oder in anderen Ländern weltweit, stärkt die Weltoffenheit, den kulturellen Austausch und stärkt das gegenseitige Verständnis. Dazu gehören gegenseitige Besuche, Veranstaltungen, Lesungen und Konzerte. Insbesondere in Zeiten des Krieges und der internationalen Unsicherheiten können kommunale Partnerschaften ein Stück Sicherheit schaffen. Daher sollten kommunale Partnerschaften mit Kommunen in der Ukraine geprüft und angestrebt

werden. Gerade die Ukraine benötigt auf allen Ebenen Unterstützung. Langfristig sollen hier kommunale Partnerschaften aufgebaut werden.

Auch der Austausch von Vereinen, Feuerwehren, Kulturinstitutionen und Jugendfreizeiten sollen mit Partnerkommunen vorangetrieben werden. Dabei können auch die digitalen Medien für einen regelmäßigen Austausch unterstützen.

X. Sichere Arbeitsplätze und starke Wirtschaft vor Ort

Wirtschaftsförderung in Regionen

Die kommunale Wirtschaftsförderung ist ein wesentlicher Baustein für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Dabei soll gemeinschaftliches Denken in größeren Räumen forciert werden. Denn auch eine Ansiedlung in einer Nachbarkommune kann für die eigene Kommune in Form neuer Einwohnerinnen und Einwohner oder für das vor- oder nachgelagerte Gewerbe Vorteile bringen. Gute Beispiele für Wirtschaftsförderungs- und Ansiedlungspolitik in größeren Räumen sind z.B. die Hansebelt Region rund um Lübeck und entlang der A1 oder Nordgate entlang der A7 mit Norderstedt, Quickborn, Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen, Bad Bramstedt und Neumünster. Ein Erfolgsmodell ist auch die Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR.

Es geht darum, dass mehrere Kommunen interkommunal verbindlich zusammenarbeiten. Die Förderung der Wirtschafts-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung ist dabei ein wesentlicher Bestandteil der Zusammenarbeit. Im gesamten Wirtschaftsraum findet eine abgestimmte Flächenentwicklung statt. Durch eine strategisch abgestimmte Bauleitplanung sollen Flächenüberangebote und schädliche Konkurrenzen vermieden werden. Vorrangig werden Konversionsflächen und Innenentwicklungspotentiale berücksichtigt. Es gibt zeitliche und räumliche Prioritätenbildung in der Flächenentwicklung von Wohnen und Gewerbe. Dies kann beispielgebend für andere Regionen im Land sein, um eine gleichwertige wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein zu erreichen. Dabei soll die WTSH in die Entwicklung vor Ort mit eingebunden werden. Es soll eine landesweite Landing-Page entstehen, sodass Unternehmen, die nach Schleswig-Holstein kommen wollen, umgehend ein Angebot gemacht werden kann. Die Entwicklung der Gewerbeflächen soll zudem in einem zeitlich schnellen Verfahren erfolgen.

Begegnung Arbeitskräftemangel und Attraktivitätssteigerung

Branchenübergreifend gibt es einen Arbeitskräftemangel. Dem zu begegnen bedarf es bundes- und landespolitische Maßnahmen, aber auch jede Kommune ist gefragt. Dabei geht es darum, ein attraktives Arbeits- und Familienumfeld zu schaffen. Das beginnt bei der Nahversorgung, der Mobilität und der Möglichkeit, durch schnelles und sicheres Internet, Homeoffice zu ermöglichen. Dazu sollten Kommunen prüfen, wie sie Co-Working-Spaces schaffen können, die vom Land gefördert werden. Dadurch kann es jede Kommune schaffen, sich nicht nur für Arbeitskräfte, sondern auch für Selbständige und

kleinere Gewerbetreibende attraktiv zu machen. Mit intensiver Kooperations- und Netzwerkarbeit, insbesondere mit Arbeitsmarktpartnern, Bildungsträgern und Hochschulen wollen wir mit bedarfsorientierten maßgeschneiderten Angeboten eine bedarfsdeckende Arbeits- und Fachkräfteverfügbarkeit schaffen und sichern. Dabei sind die Arbeits- und Zuwanderungsbehörden zu stärken. Wir bekennen uns zum Mittelstand, dem Rückgrat unserer Wirtschaft. Meister und Techniker wollen wir stärker unterstützen und diese mit akademischen Graden gleichstellen.

Tourismus vor Ort weiter stärken

Schleswig-Holstein ist eines der beliebtesten Urlaubsreiseziele. Ob Marsch, Geest oder östliches Hügelland, ob Nord- oder Ostsee, ob Sachsenwald, Holsteinische Schweiz oder Grenzregion zu Dänemark: Schleswig-Holstein hat viel zu bieten. Nicht ohne Grund stellt der Tourismus eines der stärksten Wirtschaftszweige im Land dar. Diese Stärke gilt es weiter auszubauen. Dabei muss eine gemeinsame Strategie mit Land und Kommunen entwickelt werden. Dabei gilt es, auch die Regionen touristisch zu erschließen, die bisher weniger im Fokus waren. Gerade der Binnenlandtourismus bietet noch großes Entwicklungspotenzial. Dabei geht es um die Lückenschließung im Radwegbau, den Ausbau der Wassersportmöglichkeiten und die Entwicklung im Bereich des Gesundheitstourismus. Auch die Bildungsstätten und Jugendherbergen im Land sollen hierbei eine stärkere Rolle spielen. Zudem bedarf es eines Konzeptes, um insbesondere Unternehmen mit Tagungen und Kongressen nach Schleswig-Holstein zu holen. Dazu sind zusätzlich größere Hotel- und Kongresseinheiten nötig. Aber auch die Gastronomie, insbesondere auch die Landgasthöfe, müssen stärker unterstützt werden. Den Kommunen müssen hier Erleichterungen in der Bauleitplanung und Entwicklung gegeben werden. Zudem muss die Anbindung von Hamburg nach Schleswig-Holstein verbessert werden. Die S21 bis Kaltenkirchen, die S4 bis Bad Oldesloe, der Ausbau bis Elmshorn, der Ausbau der Marschbahn oder der AKN-Expresszug sind dabei wichtige Infrastrukturprojekte. Langfristiges Ziel ist es, den Hamburger Flughafen direkt aus Schleswig-Holstein mit der Bahn zu erreichen.

XI. Sicheres Miteinander in Stadt und Land

Wir stehen für Sicherheit und Freiheit. Beides bedingt sich, denn ohne Sicherheit ist für uns keine Freiheit denkbar. Ob zu Hause, unterwegs auf Straßen, in der Stadt oder auf dem Land, bei Tag und Nacht, analog und digital. Uns ist es wichtig, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde oder in ihrer Stadt sicher fühlen.

Sichere Dorfplätze und Stadtzentren

Deswegen wollen wir sichere Dorfplätze und Stadtzentren. Wir stehen für eine bürgernahe Polizei. Wir haben nicht nur kleine Polizeidienststellen vor einer Schließung bewahrt, sondern auch Polizeidienststellen wiedereröffnet. Diesen Kurs werden wir überall dort fortführen, wo es sachdienlich und aus Gründen der Sicherheit erforderlich ist. Längere

Öffnungszeiten für Sprechstunden auf unseren Polizeiwachen entsprechen unserem Bild einer Bürgerpolizei. Sicherheit beginnt in den eigenen vier Wänden. Mit Polizeipräsenz und guten Aufklärungsquoten, die wir weiter steigern wollen, werden wir weiterhin Wohnungseinbrüche bekämpfen. Die ältere Generation muss vor skrupellosen Kriminellen geschützt werden. Deshalb werden wir die Präventionsarbeit für Seniorinnen und Senioren ausbauen.

Kommunaler Ordnungsdienst

Seit einigen Jahren werden insbesondere in den kreisfreien Städten Kommunale Ordnungsdienste (KOD) aufgestellt. Die Kommunalen Ordnungsdienste übernehmen Aufgaben der Gefahrenabwehr und setzen Sicherheit und Ordnung durch, solange und soweit die Polizei nicht zuständig ist. Der Kommunale Ordnungsdienst ist damit ein wichtiges Instrument zum Vollzug von städtischen Satzungen und landesrechtlichen Bestimmungen. Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie die Notwendigkeit eines gut ausgebildeten Kommunalen Ordnungsdienstes bei der Durchsetzung von Allgemeinverfügungen deutlich gemacht. Die Sorge der Menschen vor Verwahrlosung des öffentlichen Raums in den Kommunen ist groß. Vor diesem Hintergrund werden wir den Kommunale Ordnungsdienst weiter stärken und insbesondere im kreisangehörigen Bereich ausbauen. Wir wollen an besonderen Kriminalitätsschwerpunkten und Angsträumen - wie zum Beispiel an Bahnhöfen, Haltestellen und Unterführungen - Videoüberwachung verstärkt einsetzen.

Ausbau der Frauenhausplätze

Häusliche Gewalt kann sich in Form von körperlicher oder psychischer Gewalt gegen Frauen und Männer richten. Wir stellen uns entschlossen gegen jede Form häuslicher Gewalt. Frauen sind jedoch besonders betroffen, denn jede vierte Frau erlebt in ihrem Leben selbst oder mit ihren Kindern häusliche oder sexualisierte Gewalt. Wenn Kinder im Haushalt leben, sind sie immer auch mitbetroffen von häuslicher Gewalt. Daneben werden Frauen und Kinder auch bei uns Opfer von Femiziden. Frauen vor jeglicher Gewalt zu schützen, ist unser oberstes Ziel. Mit Unterstützung des Landes werden wir vor Ort den Ausbau der Frauenhausplätze und der Frauenberatungsstellen bedarfsgerecht weiter vorantreiben.

Stärkung des Ehrenamtes

Ehrenamtliches Engagement ist das Band, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sowie engagierte Freiwillige begegnen uns in allen Bereichen unseres Lebens: im örtlichen Sportverein, in karitativen Organisationen, dem Technischen Hilfswerk, der freiwilligen Feuerwehr, der Flüchtlings- oder Nachbarschaftshilfe und unzähligen weiteren Formen. Wir wollen, dass sich auch weiterhin viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner engagieren. Die dafür notwendigen Strukturen werden wir vor Ort schaffen. Daher ist es gut, dass das Land die Helfergleichstellung auf den Weg gebracht hat. Das Land übernimmt einen Großteil der

Kosten für die Lohnfortzahlung. So müssen Helferinnen und Helfer, unabhängig von der Hilfsorganisation, für die sie tätig werden, keinen Urlaub nehmen oder eine unbezahlte Freistellung in Kauf nehmen.

Stärkung des Sports

Sport und Bewegung sind gut für die Gesundheit und fördern außerdem das gesellschaftliche Zusammenleben, in dem Werte wie Teamgeist, Toleranz und Fairness vermittelt werden. Der Sport ist damit auch für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung. Für Bildungseinrichtungen und Vereine gilt gleichermaßen, dass Angebote für alle Altersklassen durch die Kommunen gefördert werden. Wir fördern den Leistungs- wie den Breitensport und werden dadurch die Vielfalt unserer Sportvereine erhalten. Durch die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft sind neue Konzepte zur Mitgliedergewinnung und -bindung notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen die Vereine bei diesen Veränderungsprozessen unterstützen. Die in den letzten Jahren begonnene Sanierung kommunaler Sportstätten werden wir konsequent fortsetzen. Dabei sollen die kommunalen Sportstätten auch klimaneutral werden.

Den Erfahrungsschatz der Seniorinnen und Senioren nutzen

Die Zahl der älteren Menschen in unseren Kommunen steigt stetig an. Viele von ihnen bleiben aktiv, wollen mitgestalten, am gesellschaftlichen Leben teilhaben und möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt leben. Ohne die ältere Generation würde eine wichtige Säule des gesellschaftlichen Miteinanders fehlen. In Zeiten des demographischen Wandels brauchen wir diese Menschen. Ihre Bereitschaft und ihren Erfahrungsschatz wollen wir nutzen. Wir wertschätzen die Senioreneinrichtungen, -verbände und -beiräte, die wichtige Hinweise und Impulse in die Politik geben. Wir wollen Seniorinnen und Senioren und junge Leute in den Kommunen aktiv zusammenbringen. Sie können sich gegenseitig helfen und unterstützen. In den Kommunen werden wir uns zudem für ein möglichst langes Verweilen im vertrauten Familienkreis und Wohnumfeld einsetzen. Dazu gehört die Schaffung von Tagespflegeeinrichtungen in erreichbarer Wohnortnähe, eine gute Nahversorgung, eine gute ÖPNV-Anbindung mit genügend Haltestellen und Barrierefreiheit.

Integration und dezentrale Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge

Die kommunale Familie hat in der Zeit der Flüchtlingsbewegung 2015/2016 und jetzt wieder seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 Enormes geleistet. Ohne die vielen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräfte und die vielen Freiwilligen in den Kommunen wäre eine so gute Unterbringung, Versorgung und Integration gar nicht möglich. Ihnen gilt unser Dank.

Unser Ziel ist es weiterhin, die Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung zu uns kommen und die längerfristig bei uns bleiben werden, gut zu integrieren. Ob dies gelingt, entscheidet sich vor Ort in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Die Bürgerinnen

und Bürger vertrauen dabei auf einen starken Staat, der die Spielregeln des Zusammenlebens konsequent durchsetzt und die Rahmenbedingungen für Integration schafft. Wir mussten aber auch feststellen, dass sowohl die Leistungsfähigkeit als auch die Akzeptanz vor Ort zeitweise an Grenzen gestoßen sind. Deshalb war und bleibt es Aufgabe aller politischen Ebenen, die Zuwanderung und die Integration zu ordnen, zu steuern und diejenigen, die nicht bei uns bleiben können, in ihre Heimatländer zurückzuführen. Damit können wir uns besser um diejenigen kümmern, die Schutz brauchen, bei uns bleiben und nun integriert werden müssen.

Sprache und Bildung sind die Grundvoraussetzungen für eine gelingende Integration und Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitswelt. Das Beherrschen der deutschen Sprache trägt entscheidend zur Integration bei. Daher sind Integrationskurse, aber auch DaZ-Kurse „Deutsch als Zweitsprache“ besonders wichtig. Die große Herausforderung in den Kommunen besteht zum einen in der Bereitstellung von ausreichend Wohnraum und zum anderen in der Förderung des Zusammenlebens vor Ort. Daher begrüßen wir es sehr, dass die Landesregierung den Kommunen zugesagt hat, bis zu 90 Prozent der Herrichtungs- und Vorhaltekosten zur Schaffung von Wohnraum zu übernehmen. Der Bund ist aber weiter in der Pflicht, die Kommunen umfassend finanziell zu unterstützen. Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass ein Zusammenleben vor Ort in gegenseitiger Akzeptanz gelingen kann. Dazu sind gemeinschaftsfördernde Anlaufstellen zu schaffen, die die individuellen Bedürfnisse der Menschen vor Ort fördern und die Kommunen in der Umsetzung finanziell zu unterstützen.

XII. Sicherer Klima- und Umweltschutz

Unser Ziel ist die klimaneutrale Kommune. Das größte Potenzial beim Klimaschutz ist der Gebäudesektor. Dabei geht es darum, die Liegenschaften, wie Verwaltungsgebäude, Schulen, Sportstätten, Bürgerhäuser und weitere Gebäude klimaneutral umzubauen. Die wichtigste Maßnahme ist die Versorgung mit klimaneutraler Wärme aus erneuerbaren Energien. Das gilt besonders für Bestandsgebäude, für die eine umfassende Sanierung nicht möglich ist. Die Wärmewende muss sich daher an den unterschiedlichen Bedarfen in den einzelnen Orts- bzw. Stadtteilen orientieren. Daher müssen maßgeschneiderte kommunale Wärmeplanungen auf den Weg gebracht werden. Dabei können unterschiedliche Technologien, wie Solar- und Geothermieanlagen, Wärmepumpen, Abwärme aus Müllverbrennung, Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) oder andere Techniken helfen.

Für die Kommunen ist der Klimaschutz eine große Anstrengung. Daher kann dies nur in Zusammenhang mit EU-, Bundes- und Landesmitteln erfolgen können.

XIII. Ernährungssicherung durch erfolgreiche Landwirtschaft, regional und klimaschonend

Schleswig-Holstein ist ein Gunststandort und geprägt durch eine gepflegte Kulturlandschaft mit einer aktiven Landbewirtschaftung und Nutztierhaltung. Die regionale Lebensmittelerzeugung trägt wesentlich zur Ernährungssicherung bei. Das vermeidet lange Transportwege und dient dem Klimaschutz.

Dabei stehen wir für den Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen im Einklang mit den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft. Denn Schleswig-Holstein gehört zu den fruchtbarsten Regionen Europas. Diese Gunstlage muss für die Ernährungssicherheit genutzt werden. Der technische Fortschritt nimmt deutlich auch auf den landwirtschaftlichen Familienbetrieben zu. Die Digitalisierung hat eine Produktivitäts- und Effizienzsteigerung zur Folge, was es regional zu nutzen gilt.

Die Wertschöpfung durch landwirtschaftliche Produkte muss in unserer Region gehalten werden. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gehören in die Dörfer und sind ortsprägend. Sie gilt es trotz Strukturwandel zu erhalten. So können Projekte, wie Bauernhofkindergärten und betreutes Wohnen auf Bauernhöfen unterstützt werden. Auch Seniorenheime und -tagespflege auf Bauernhöfen und das Model Co-Working-Space im ländlichen Raum können sich alternativ auf den Höfen entwickeln. Daher müssen Nutzungsänderung einfacher und schneller als bisher möglich gemacht werden.

Eine integrierte ländliche Entwicklung bedeutet, dass unterschiedliche Akteurinnen und Akteure mit den Gemeindevertretungen eine Entwicklungsstrategie erarbeiten. Neben den klassischen Zielen wie Wegebau und Dorferneuerung kann das der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten sein, d. h. der überwiegende Teil der Wertschöpfung verbleibt in der Region. Eine Verzahnung von Produktion und Dienstleistung ist sinnvoll, z. B. die Eigenvermarktung und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, Kooperationen mit Gastronomen oder einer touristischen Veranstaltung. Ein weiteres Beispiel dieser Verzahnung kann die Errichtung von sogenannten „Mehrfunktionshäusern“ sein, das ist z. B. eine Kombination aus Dorfladen, Geldautomat, Friseur oder Versammlungsraum in einem öffentlichen Gebäude. Die Landgasthöfe sind in vielen Kommunen ortsprägend. Gerade dort wo keine Fortführung eines Landgasthofes gesichert ist, sollte über eine Übernahme oder Beteiligung der Kommune nachgedacht werden.

Auch in Zukunft wird es nicht in jedem Dorf einen Supermarkt geben. Aber Hofläden oder Regiomaten können auch in kleinen Dörfern eine Vielzahl von regionalen Produkten anbieten. Dies gilt es zu fördern und zu unterstützen, sodass dann tatsächlich in jedem Dorf mindestens durch ein Regiomat ein Angebot gemacht werden kann.

Wichtig ist uns, dass Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher sich näherkommen. Das Projekt Schulklassen auf dem Bauernhof sollte vor Ort durch Kita auf dem Bauernhof weiter forciert werden. Aber auch Lehrpfade für alle Bürgerinnen und Bürger können durch Landwirtschaft und Kommune gemeinsam erarbeitet werden. Tierwohl ist auf den Höfen ein wichtiges Anliegen. Tierwohlställe müssen bei Genehmigungen bevorzugt werden. Ebenso müssen mobile Schlachthanlagen und Weideschüsse ermöglicht und durch die Kreise genehmigt werden. Denn unser Ziel ist, den Lebenstransport so gering wie möglich zu halten und eine möglichst regionale Vermarktung auf den Weg zu bringen.

Der Erhalt der biologischen Vielfalt und der Gewässerschutz sind neben den vielfältigen Aufgaben der Agrarwirtschaft, wie Ernährungssicherung und Energieerzeugung, die zentralen Herausforderungen für Landwirtschaft und Gemeinden. Zur Erhaltung der Biodiversität können u. a. Tümpel erhalten, solitäre Bäume und Hecken geschützt, Blühstreifen oder Uferrandstreifen angelegt, ein Insektenhotel gebaut oder der Anbau von Streuobstwiesen auf kommunaler Ebene gefördert werden. Das gilt in gleichem Maße für öffentliche Flächen in Städten. Auch diese Flächen können unter ökologischen Gesichtspunkten gestaltet und aufgewertet werden, um den Erhalt heimischer Pflanzen zu verbessern und die Nahrungsgrundlage für Insekten und Vögel zu erweitern. Dazu gehört auch die konsequente Begrünung der kommunalen Dächer, der Gebäudefassaden und der Bushaltestellen. Weitere wichtige Klimaanpassungsmaßnahmen ist die Vernässung von Mooren und die Schaffung von neuem bewirtschaftetem Wald. Kommunale Wälder sollten daher weiter angelegt und umgebaut werden. Kommunale Wälder tragen zum Klimaschutz bei und schaffen zudem zusätzlichen Ertrag, der wieder in den Wald investiert werden kann.

Die CDU unterstützt die Jagd

Die Unterstützung der Jagd auf kommunaler Ebene ist uns wichtig. Dazu gehören unter anderem, die örtlichen Übungsplätze für die Jagd zu sanieren und zu erhalten. Mit einem Verzicht auf die Erhebung der Hundesteuer für Jagdhunde, die sich in der gesetzlich geforderten Ausbildung zum brauchbaren Jagdhund befinden und für ausgebildete Jagdgebrauchshunde nach Prüfungsordnung, leisten die Kommunen einen wichtigen Beitrag für die gesetzeskonforme, waidgerechte Jagdausübung.

Zum Naturschutz gehören Hege und Pflege des Wildtierbestandes wie auch dessen Regulierung. Dies gilt es zu fördern und zu unterstützen.

Tierheime fördern

Viele Kommunen betreiben selbst, in Zweckverbänden oder durch Vereine Tierheime. Gerade in den letzten Jahren sind auf die Tierheime immer mehr Tiere zugekommen, die ausgesetzt, abgegeben oder gefunden worden sind. Dabei ist festzustellen, dass Tiere aus allen Teilen der Welt und in keinem guten gesundheitlichen Zustand in den Tierheimen ankommen. Viele Tierheime stoßen hierbei an ihre Kapazitätsgrenzen. Im Sinne des Tierschutzes müssen Land und Kommunen gemeinsam einen Masterplan für Tierheime entwickeln, um diese investiv und personell zu stärken.